

# M E I N U N G

## Die globale Krise und der Arbeitsmarkt



Die Terroranschläge auf die Vereinigten Staaten haben die Welt erschüttert. Mit der militärischen Antwort der USA und ihrer Verbündeten hat sich die Auseinandersetzung verschärft, ohne daß ihr Ende bereits feststünde. Ebenso wenig sind die langfristigen Auswirkungen der Ereignisse auf den Fortgang der Globalisierung, auf Wirtschaft, Politik und Gesellschaft bereits absehbar. Ökonomische Analysen müssen freilich hinter der Sorge um die Zukunft unserer liberalen Gesellschaft verblassen. Die Gefahr einer Abkühlung des gesellschaftlichen Klimas der Offenheit in Deutschland und anderswo ist nicht von der Hand zu weisen. Es wäre fatal, wenn die Geschichte hier nicht nur den Atem anhielte, sondern kehrtmache zu überlebten Denkschemata, geschlossenen Toren und dumpfer Angst vor dem Fremden. Die Gegner der offenen Gesellschaft hätten dann ihr Ziel erreicht.

Die amerikanische Konjunktur stand bereits vor dem 11. September an der Schwelle zu einer Rezession. Da sich auch die europäischen Ökonomien und Japan – erstmals seit der Weltwirtschaftskrise in den dreißiger Jahren des vorherigen Jahrhunderts – gemeinsam mit den USA in einem kräftigen Konjunkturab-

schwung befinden, ist die wirtschaftliche Gesamtlage überaus fragil. Massenentlassungen in einzelnen amerikanischen Branchen lassen auch für den europäischen Arbeitsmarkt einiges befürchten.

Gefährdet sind insbesondere Fluglinien, die Transport-, Freizeit- und Tourismusbranchen, Versicherungen und Banken, profitieren werden dagegen Sicherheitsfirmen und die Rüstungsindustrie. Unter Druck geraten auch die traditionellen Eckpfeiler der Globalisierung – Handel, Kapitalströme und Wanderungen. Besonders bedroht, weil noch sensibler in seinen Angriffsflächen, bleibt allerdings das weltweite Informations- und Kommunikationssystem, dessen Bedeutung für den Fortgang der Globalisierung noch zentraler ist. Würde es empfindlich getroffen, stünde die weltweite Prosperität bald in Frage.

Als Reaktion auf diese Herausforderungen erleben die Vereinigten Staaten derzeit eine Phase der Revitalisierung des Keynesianismus, mit der die makroökonomischen Rahmenbedingungen verbessert werden sollen. Die massiven Zinssenkungen der letzten Zeit verdecken jedoch den Blick auf die Tatsache, daß die amerikanische Geldpolitik im vergangenen Jahr selbst die ökonomische Krise einleitete und eine expansive Konjunktursteuerung, wie sie jetzt gefordert ist, traditionell schwieriger ist als eine Dämpfung der Konjunktur. Allerdings ist die Stabilisierung der Börsen gelungen und damit eine Hilfestellung für den gefährdeten amerikanischen Konsum erreicht. Die Fiskalpolitik ist massiv dazugeschritten, zunächst mit Steuersenkungen und zuletzt mit umfangreichen Ausgabenprogrammen.

Die damit verbundene Diskussion ist richtig und wichtig. Ein „gezähmter“ Keynesianismus ist gerade heute wieder angemessen. Ohne die richtigen, kurzfristigen makroökonomischen Begleitoperationen entstehen schmerzliche, dauerhafte Arbeitsmarktwirkungen. Wir wissen es: Eine Konjunkturkrise setzt überproportional gering qualifiziertes Personal frei. Humankapital wird dequalifiziert, der betroffene Arbeitnehmer demotiviert. Der Kapitalstock wird der niedrigeren Nachfrage angepaßt, be-

stenfalls wird arbeitssparend nachgerüstet. So entsteht Dauerarbeitslosigkeit, die Beschäftigungskrise verfestigt sich.

Noch ist es aber gerade in Deutschland verfrüht, die Entschuldungsstrategie über Bord zu werfen. Der Maastrichter Vertrag hat viel Glaubwürdigkeit etabliert und läßt doch konjunkturpolitische Flexibilität zu. Deshalb müssen jetzt die geplanten Ausgaben fortgesetzt werden und die automatischen Stabilisatoren wirken können, auch wenn dadurch zunächst die Neuverschuldung wieder steigt. Sollte die Rezession wider Erwarten auch Deutschland nachhaltig treffen, so sind ein Vorziehen der einkommenswirksamen Steuerreform und die Stärkung der Investitionskraft der Gemeinden im Infrastrukturbereich erste probate Mittel der Gegensteuerung. Die europäische Geldpolitik muß ebenfalls ihren Beitrag leisten.

Die eigentlichen Gefahren des Terrorismus liegen in der Ausbremsung der Globalisierung. Dazu gehören die Begrenzung der internationalen Zusammenarbeit, die dauerhafte Einschränkung der globalen Konsum- und Investitionsaktivitäten sowie die Rückkehr zu einer Politik der „Festung Europa“ mit ihrer Abwehr von Zuwanderung. Trotz der nötigen sicherheitspolitischen Vorkehrungen muss deshalb die Politik einer Öffnung für ökonomisch motivierte Zuwanderung konsequent weiter betrieben werden. Das weitgehend verabschiedungsfähig vorliegende deutsche Zuwanderungsgesetz, das erstmalig einen solchen ökonomischen Kanal öffnet, muß noch rechtzeitig vor der nächsten Bundestagswahl umgesetzt werden. Dies hätte auch eine beachtliche europäische Signalwirkung – gerade jetzt!

Von allen Seiten ist Mut und Konsequenz gefordert, damit angesichts des Terrors und der Antwort der Staatengemeinschaft auf diese Bedrohung nicht die Offenheit, von der wir wirtschaftlich profitieren, auf der Strecke bleibt. Die wirtschaftliche Entwicklung in allen Teilen der Welt ist letztlich auch die beste Antwort auf den Terrorismus.

*K. F. Zimmermann*



IZA

Forschungsinstitut  
zur Zukunft  
der Arbeit

### IMPRESSUM

Herausgeber: Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann  
Redaktion: Holger Hinte  
IZA, Postfach 7240, D-53072 Bonn  
Tel. (02 28) 38 94 222, Fax (02 28) 38 94 180  
e-mail: compact@iza.org  
Grafiken/Fotos: IZA  
Layout/Druck: Verlag Erik Dynowski, Köln